

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XI
Literaturverzeichnis	XVII
Judikaturspiegel	XXV

1. Einleitung 1

2. Der Begriff der „Versetzung“ als Rechtsbegriff? 3

3. Individualarbeitsrechtlicher Versetzungsschutz

3.1 Allgemeines	9
3.2 Der Versetzungsvorbehalt	14
3.3 Folgepflicht des AN bei Betriebsverlegung?	20
3.3.1 Vereinbarung des Arbeitsortes	22
3.3.2 Keine Vereinbarung des Arbeitsortes	28
3.4 Kritik an einer „dynamischen Auffassung der Arbeitspflicht“	30
3.5 Teilkündigung statt Versetzung	33

4. Die Abgrenzung von individualarbeitsrechtlichem zu betriebsverfassungsrechtlichem Versetzungsschutz

4.1 Allgemeines/Zwei-Ebenen-Theorie	35
4.2 Dritte Ebene Anti-Diskriminierungsrecht?	38
4.3 Zweck und Zielrichtung des betriebsverfassungsrechtlichen Versetzungsschutzes	39

5. Der betriebsverfassungsrechtliche Versetzungsbegriff

5.1 Die historische Entwicklung	45
5.2 Die aktuelle Struktur	47
5.3 Die Einreihung auf einen anderen Arbeitsplatz	48
5.4 Die voraussichtliche Dauer von 13 Wochen	53
5.4.1 Sonderproblem „Rückversetzung“	55
5.5 Das Informations- und Beratungsrecht des Betriebsrats	58

6. Die Verschlechterung der Entgelt- oder sonstigen Arbeitsbedingungen

6.1 Allgemeines	63
6.2 Ausmaß der Verschlechterung	64

VII

6.3	Zusammenhang zwischen Arbeits- und Entgeltbedingungen?	66
6.4	Die Verschlechterung der Entgeltbedingungen	67
6.5	Die Verschlechterung der sonstigen Arbeitsbedingungen	71

7. Die (Nicht-)Zustimmung des Betriebsrats

7.1	Allgemeines	77
7.2	Beschlussfassung und Zuständigkeit	79
7.3	Verhaltensbindung gegenüber Betroffenen bzw BI?	81
7.4	Zustimmungserklärung unter Bedingungen bzw Befristungen	85
7.5	Das Zustimmungsrecht bei der Versetzung von überlassenen Arbeitskräften	87

8. Die Sonderfrage nach dem Mitwirkungsrecht des Betriebsrats bei Betriebsverlegung

91

8.1	Die Mitwirkung bei örtlichen Versetzungen (§ 101 ArbVG)	92
8.2	Die Mitwirkung bei Betriebsänderungen (§ 109 ArbVG)	95
8.3	Anmerkungen zu OGH 14. 6. 2000, 9 ObA 48/00z	96

9. Die Sonderfrage des Versetzungsschutzes bei einem unkündbaren Arbeitsverhältnis

9.1	Allgemeines	101
9.2	Entwicklung der Rechtsprechung und zugehörigen Lehre	101
9.3	Bilanz	108

10. Betriebsverfassungsrechtlicher Versetzungsschutz für „ausgegliederte“ Beamte?

113

10.1	Ausgangslage	114
10.2	Dienstrechtlicher Versetzungsschutz nach dem BDG	119
10.3	Betriebsverfassungsrechtlicher Versetzungsschutz	122
10.4	Grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von dienstrechtlichem Versetzungsschutz nach dem BDG zum betriebsverfassungsrechtlichen Versetzungsschutz	123
10.5	Meinungsstand	124
10.5.1	Überblick über den Meinungsstand der Lehre	125
10.5.2	Kritik an der ablehnenden Haltung zur Anwendbarkeit des § 101 ArbVG	127
10.5.3	Meinungsstand der Rechtsprechung	130
10.5.4	Kritik an OGH 28. 4. 2008, 8 ObA 78/07i	136
10.6	Bilanz	139

11. Die Anrufung des Gerichts

11.1	Rechtsschutzmöglichkeiten der einzelnen Akteure	141
11.2	Die ersatzweise Zustimmung des Gerichts	148

12. Die Abgrenzung des betriebsverfassungsrechtlichen Versetzungsschutzes von § 102 ArbVG	153
13. Die Abgrenzung des betriebsverfassungsrechtlichen Versetzungsschutzes von § 104 ArbVG	157
14. Die Versetzung von Betriebsratsmitgliedern	159
14.1 Zum Beschränkungsverbot im Einzelnen	161
14.2 Zum Benachteiligungsverbot im Einzelnen	164
15. Zwischenresümee	165
16. Soziologische Aspekte einer Versetzung von AN im betrieblichen Kontext unter besonderer Berücksichtigung der diesbezüglichen Interessenvertretung von Betriebsräten	
16.1 Motive, Intention, Fragestellung und Aufbau einer Untersuchung der AK Salzburg	167
16.1.1 Wessen Interessen vertritt der BR beim Versetzungsschutz?	170
16.1.2 Einzelpersonalvertretung im Personalvertretungsrecht	171
16.1.3 Thesis	174
16.2 Methodik und Design der Untersuchung	175
16.3 Auswertung, Darstellung und Interpretation der Ergebnisse	176
16.4 Zusammenfassung der Ergebnisse im Hinblick auf die Thesenformulierung	180
17. Gesamtresümee	183
Stichwortverzeichnis	185